

## Abgerechnet

### Auf die Butter, fertig, Punk!

Von Alexander Mühlauer

Um gleich mit einer Unwahrheit aufzuräumen: Punk war, entgegen den Propezeiungen der Protagonisten, nie wirklich tot. Was für immer bleiben wird, ist der ursprüngliche Impuls und die Energie der Erschütterung. Eine Explosion. Ein Schrei. Eine exzessive Form absoluter Rebellion, Unsicherheit, ja Chaos. Ein vernünftiger Punk, das kann man wohl sagen, würde sich nie gegen Berufsunfähigkeit versichern. Hätte er auch gar nicht nötig. Ist doch gerade die Fähigkeit, keinen Beruf auszuüben, Teil der Rebellion. Sogar ein Popper würde zugeben: Punk ist kein Beruf, sondern Berufung. (Schon klar, liebe Popper, Pop natürlich auch.)

Es gab eine Zeit, da wollte jeder vernünftige junge Mensch Punk sein. Das ist vorbei. Denn wer will schon diesen lächerlichen Alt-Punks nacheifern, die ihre Anarcho-Seele an die Werbe-Industrie verkaufen? Nehmen wir Iggy Pop, dessen Gesicht sein exzessives Leben so expressiv erzählt wie mutmaßlich kein anderes Gesicht der Welt irgendein anderes Leben, Keith Richards von den Rolling Stones natürlich ausgenommen. Iggy Pop also macht keine Werbung für Gesichtscremes oder Botox-Behandlungen, obwohl sein Gesichtsmassiv ein sehr starkes Argument dafür wäre, sondern für einen britischen Autoversicherer namens Swiftcover.

Man kann davon ausgehen, dass Iggy Pop dafür sehr gut bezahlt wird, turniert er doch im Werbespot sehr engagiert vor einer lila Wand herum und klärt über die Vorzüge des Direktversicherers auf. Warum das Unternehmen ausgerechnet Iggy Pop als Werbefigur wollte? Der Versicherer sagt, es sei die Lebenslust gewesen, die der Punk, 61, immer noch ausstrahle wie kein anderer. Aber warum dürfen dann Berufungsgegnen Iggy Pops, Punks und andere Musiker, keine Police bei Swiftcover abschließen? Sie werden abgelehnt. Begründung, kein Scherz: Sie lebten zu gefährlich. Man darf also mutmaßen: Iggy Pop hätten sie garantiert auch nicht versichert.

Im Lichte dieses Affronts gegen Musiker im Allgemeinen, und Punks im Besonderen, fällt der Blick auf einen anderen Haudegen des Punk. Johnny Rotten von den Sex Pistols macht auch Werbung – für britische Butter. „Country Life“ heißt die Marke, die sich Rotten aufs Brot schmirt. Mensch, jetzt reicht es aber, sagt sich so mancher Punk, und es bleibt ihm nichts anderes übrig, als ein zweifaches „Fuck you“ zu schreiben. Aber eines, das von Herzen kommt.

### Finanzinvestor KKR mit Milliardenverlust

Frankfurt – Kreditkrise und Rezession haben dem Finanzinvestor KKR enorme Verluste beschert. Zwar legt KKR selbst keine Zahlen offen, da die Firma nicht an der Börse notiert ist. Sie hatte aber 2006 einen Fonds mit dem Namen KKR Private Equity Investors (KPE) an die Börse gebracht, der gemeinsam mit der Mutter-Holding in sehr viele KKR-Firmen mitinvestiert hat. KPE hat allein im vierten Quartal den Wert ihrer Beteiligungen um mehr als eine Milliarde Dollar, das ist knapp ein Drittel, abgeschrieben. Unter anderem setzt der Investor der deutschen Sendergruppe Pro 7 Sat 1 mittlerweile mit Null an. Der KPE-Kurs ist 2008 um 85 Prozent gefallen. Ein weiterer börsennotierter KKR-Fonds, die KKR Financial Holdings, hat dem Finanzinvestor ebenfalls einen Milliardenverlust eingebracht. Das auf Unternehmenskredite, Hochzinsanleihen und zahlungsgestörte Schuldverschreibungen spezialisierte Investment-Vehikel bezifferte den Nettoverlust für das vierte Quartal auf 1,2 Milliarden Dollar (rund 950 Millionen Euro).

mhs

## „Auftakt zu einer Depression“

1929 fing es mit Bankenkrise und Börsencrash an, dann brach der Weltmarkt zusammen. Ein Wirtschaftshistoriker sieht Parallelen

Der Wirtschaftshistoriker **Werner Abelshäuser**, Professor an der Universität Bielefeld, warnt vor den Gefahren des Protektionismus und einer Wirtschaftskatastrophe, die nur mit der Großen Depression der 30er Jahre vergleichbar ist. Noch ließe sich das Schlimmste verhindern – wenn nur die Politiker mehr Mut hätten.

**SZ:** Kreditklemme, Börsenkrach, Verstaatlichung sind allgegenwärtig in Nachrichten und Talkshows. Sind wir Deutschen zu pessimistisch, Herr Professor Abelshäuser?

**Abelshäuser:** Ganz im Gegenteil. Wenn ich die Zeitung aufschlage, sehe ich überall gequälte Bemühungen, die Finanzkrise runterzuspielen. Wir sollten aber die Gefahr kennen, um richtig zu reagieren.

**SZ:** Gleichen die Schwierigkeiten von heute der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933?

**Abelshäuser:** Sie könnten dem klassischen Muster der Großen Depression folgen: 1929 kam erst der Börsenkrach, 1931 die Bankenkrise, dann die Flucht aus der Weltwirtschaft und schließlich die Depression. Auch der Rückgang der Aktienkurse ist vergleichbar: Halbierung binnen eines Jahres, das war 1929 auch der Fall, dann blieben die Kurse viele Jahre auf dem niedrigen Niveau.

**SZ:** Was wurde aus den Banken?

**Abelshäuser:** Das Misstrauen unter den Banken verhinderte eine private Rettungsaktion am Markt. Um die Großbanken vor dem Abgrund zu retten, musste die Regierung die Mehrheit der Aktien übernehmen. Erst 1937 kam es zur Reprise

### „Das Konjunkturprogramm über 50 Milliarden Euro ist wohl für die Katz.“

vatisierung. Auch heute misstrauen sich die Banken, weil sie von sich auf andere schließen. Sie haben alle Leichen im Keller. Die Probleme des Kreditsektors legen sich wie Mehltau auf die Wirtschaft.

**SZ:** Welche böse Überraschung droht als nächstes?

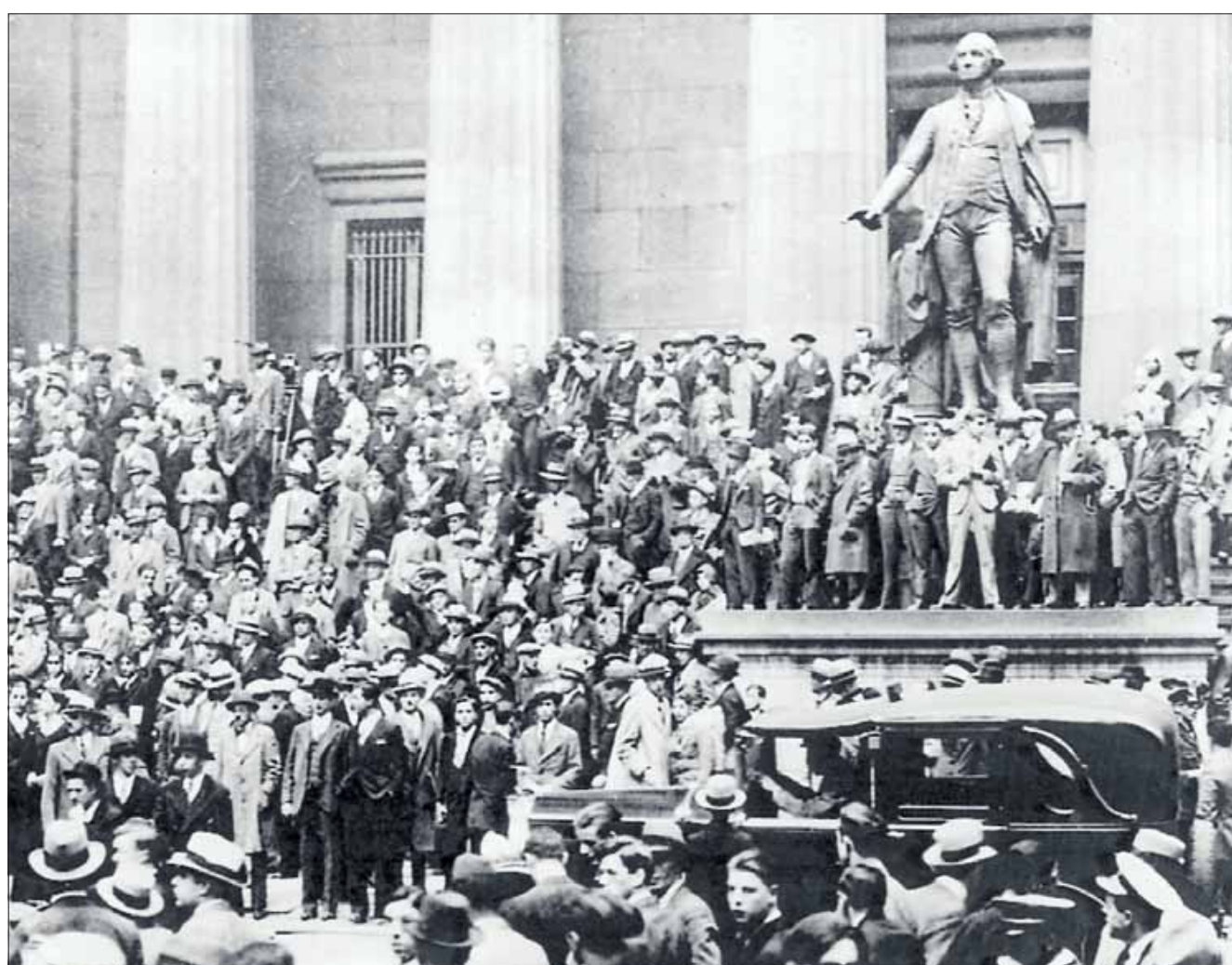
**Abelshäuser:** Nach Börsen- und Bankenkrise folgte im Herbst 1931 das Ende der Globalisierung. Großbritannien und die Vereinigten Staaten ließen dem Protektionismus freien Lauf. Ausgerechnet Großbritannien, bis dahin Hüterin des freien Welthandels, kündigte den Goldstandard auf, wertete das Pfund drastisch ab und schottete sich vom Weltmarkt ab. Die Folgen waren furchtbar: Die Weltwirtschaft kollabierte, die Produktion brach zusammen, Millionen Menschen verloren ihre Arbeit. Viele Länder steckten in der Liquiditätsfalle: Die Unternehmen investierten nicht mehr, sondern hielten Kasse in der Hoffnung auf bessere Zeiten.

**SZ:** Die wirtschaftliche Entwicklung war dramatisch: Von August 1929 bis März 1933 schrumpfte die US-Wirtschaftsleistung um 30 Prozent, die Arbeitslosenquote stieg auf 25 Prozent. Es herrschte vier Jahre lang Deflation, in denen das Preisniveau um 30 Prozent sank. ...

**Abelshäuser:** ... in Deutschland kam es noch dicker.

**SZ:** Wird es wieder so schlimm?

**Abelshäuser:** Noch können wir es verhindern. Aber die Aussichten sind düster. Der Welthandel ist so stark eingebrochen wie noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg. In Osteuropa und Asien fällt die Nachfrage weg. In England herrscht Düsternis. Die Vereinigten Staaten stecken in den größten Schwierigkeiten seit Generationen. Die Folgen wird auch Deutschland spüren. Wir stecken schon mitten in einem dramatischen Abschwung der Konjunktur. Es könnte aber auch der Auftakt zu einer Depression sein, zu einer Katastrophe.



Menschenauflauf vor der New Yorker Börse im Jahr 1929: Der Schwarze Freitag im Oktober des Jahres war der Auftakt zur größten Wirtschaftskrise des vergangenen Jahrhunderts. Fotos: AP; Caro

**SZ:** Gibt es denn gar keine Hoffnung?

**Abelshäuser:** Wir können aus zwei Gründen optimistisch sein: Zum einen ist der Staat – anders als nach 1929 – voll handlungsfähig. Zum anderen sind wir weit von einer mit damals vergleichbaren Radikalisierung der Politik entfernt. Die USA haben gerade den demokratischen Machtwechsel vollzogen. Und auch wir stehen in einem ruhigen Superwahljahr. Vor allem aber kennen wir alle denkbaren Szenarien und können uns darauf vorbereiten.

**SZ:** Was haben die Regierenden in den 30er Jahren falsch gemacht?

**Abelshäuser:** Politiker, Unternehmer, Gewerkschaften und Verbände haben bis 1931 geglaubt, es handle sich um eine etwas stärkere, aber durchaus normale konjunkturelle Krise. Was allen Akteuren fehlte, war das Katastrophenbewusstsein, also die Vorstellung, es könnte eine richtige Depression werden. Und als sie es verstanden hatten, haben sie zu lange mit außerordentlichen Maßnahmen gezögert.

**SZ:** Wann wurde es besser?

**Abelshäuser:** Es hat bis 1933 gedauert. Franklin D. Roosevelt gewann in den USA die Präsidentschaftswahlen mit dem Versprechen, die Probleme an den Wurzeln zu packen. Sein New Deal lässt sich durchaus mit Barack Obamas heutigen Plänen vergleichen. Gleichzeitig suchten in Deutschland die Nationalsozialisten ihr Heil in gewaltigen öffentlichen Investitionsprojekten.

**SZ:** Was müsste heute getan werden?

**Abelshäuser:** Die Bundesregierung müsste die Banken zwingen, unter den Schutzschirm zu treten und den Investoren die Refinanzierung zu ermöglichen. Die Briten sind hier schon einen Schritt weiter: Sie sind im großen Stil in Banken eingestiegen und nehmen so Einfluss auf deren Geschäftspolitik. Das sollten wir auch tun. Der Staat ist vielleicht nicht der bessere Banker, aber auf jeden Fall der bessere Aktionär. Er kann die Vorstände dazu bringen, vernünftig zu handeln. Und wenn sie es nicht tun, kann er sie entlassen. Das hat übrigens viel mit sozialer Marktwirtschaft zu tun: Der starke Staat muss die Regeln durchsetzen.

**SZ:** Hilft das Konjunkturpaket der Bundesregierung?

**Abelshäuser:** Die 50 Milliarden Euro sind wohl für die Katz. Wir brauchen kein Konjunkturprogramm, sondern Maßnahmen gegen die Depression: Der Staat muss selbst als Investor auftreten. Ansonsten drohen die Milliarden in der Liquiditätsfalle oder in der Sparquote zu versickern. Jeder Euro, der in den Kreislauf gepumpt wird, muss eine vielfache Wirkung entfalten. Das ist beim „Konjunkturpaket“ nicht der Fall.

**SZ:** Haben die Politiker in Berlin den Ernst der Lage nicht begriffen?

**Abelshäuser:** Die wissen ganz genau, dass sie das Falsche tun, und tun es trotzdem, weil sie bis zu den Wahlen über die Runden kommen wollen. Das macht mir Angst.

**SZ:** Bundesfinanzminister Peer Steinbrück fürchtet angesichts der Milliarden-Programme wachsende Inflationsrisiken. Haben Sie dafür Verständnis?

**Abelshäuser:** Nein. Wir haben zur Zeit eine Deflation, das Preisniveau sinkt.

### „Die Politiker wissen ganz genau, dass sie das Falsche tun und tun es trotzdem.“

Noch sind wir im grünen Bereich, aber nicht mehr lange. Im Augenblick beträgt die Teuerungsrate in Deutschland 0,9 Prozent. Die Preisniveaustabilität, die die Zentralbank anstrebt, liegt bei einem Preisanstieg von 1,8 Prozent. Das wäre der Idealfall. Alles darunter ist gefährlich.

**SZ:** Warum?

**Abelshäuser:** Wegen der Wirkung auf die Investoren. Bei sinkenden Preisen investiert niemand, die Liquiditätsfalle schnappt noch stärker zu. Eine gewisse Aufwärtsdynamik der Preise weckt in den Investoren die Hoffnung, hohe Renditen zu erwirtschaften. Den Konsumenten erfreuen zwar sinkende Preise. Aber nur so lange, bis er seinen Arbeitsplatz verliert. Würden die Preise steigen, wäre ich halb so besorgt.



**SZ:** Besteht nicht die Gefahr, dass sich die Staaten übernehmen?

**Abelshäuser:** Der Nationalstaat hat sich handlungsfähig gezeigt. Aber Wunderdinge darf man von ihm auch nicht erwarten. Kein Staat wird zur Überwindung der Wirtschaftskrise gegen die eigenen Interessen handeln. Warum sollte beispielsweise Deutschland den klammen Iren oder Spaniern aus der Finanznot helfen? Dann müssten wir in Mittel- und Osteuropa weitermachen. Das übersteigt unsere Möglichkeiten.

**SZ:** Wenn Deutschland nicht hilft, droht die Währungsunion auseinanderzubrechen. Wollen Sie das riskieren?

**Abelshäuser:** Neu wäre das nicht. Im Europäischen Währungssystem der 70er und 80er Jahre ging es zu wie in einem Taubenschlag. Fest blieben nur die europäischen Kernländer rund um die Bundesbank. Ich will das nicht heraufbeschwören, aber denkbar wäre es schon. Es liegt auch nicht in unserer Hand. Die Euro-Solidarität stößt rasch an die Grenzen, wenn die Märkte mit elementarer Gewalt reagieren.

**SZ:** Wer zahlt die Rechnung einer großen Weltwirtschaftskrise?

**Abelshäuser:** Wir alle. Aber die Rechnung wird viel größer, wenn wir nichts tun. Überlegen Sie mal, was die Krise in den 30er Jahren angerichtet hat – bis hin zum Zweiten Weltkrieg. Das sollten wir unseren Kindern und Enkeln ersparen.

Interview: Catherine Hoffmann

### Größte Kapitalspritze in Englands Geschichte

London – Europas größte Bank HSBC kämpft mit rasant steigenden Kreditausfällen in den USA und plant deshalb die größte Kapitalerhöhung der britischen Wirtschaftsgeschichte. Das bislang von der Finanzkrise relativ verschonte Institut schockierte die Börsianer am Montag mit einer Gewinnhalbierung und der Ankündigung, neue Aktien im Wert von 12,5 Milliarden Pfund (14,2 Milliarden Euro) auszugeben. Die als vorsichtig geltende HSBC will nach eigenen Angaben für eine weitere Zuspitzung der Krise vorsorgen und sich gleichzeitig Spielraum für Übernahmegelegenheiten verschaffen. In den USA streicht das Geldhaus nun mehr als 6000 Stellen und schließt Hunderte Filialen. Im Gegensatz zu vielen Rivalen – etwa der mittlerweile größtenteils verstaatlichten Royal Bank of Scotland – ist die HSBC bislang ohne Finanzspritzen des Staates ausgekommen.

In den USA rächte sich im vergangenen Jahr die Übernahme des auf Konsumentenkredite spezialisierten US-Instituts Household, das HSBC vor sechs Jahren für 14 Milliarden Dollar gekauft hatte. Auf das US-Geschäft schrieb HSBC nun mehr als zehn Milliarden Dollar ab. Dadurch brach der Vorsteuergewinn um 62 Prozent auf 9,3 Milliarden Dollar ein. Abgesehen von der Firmenwert-Abrechnung belief sich das Minus lediglich auf 18 Prozent und der Gewinn auf 19,9 Milliarden Dollar. Der Direktoriums vorsitzende Stephen Green räumte ein, dass die Household-Übernahme ein Fehler war. Nun will HSBC mit Ausnahme von Kreditkarten in den USA die Vergabe von Konsumentenkrediten vollständig einstellen. Reuters

### Baufinanzierungen werden günstiger

Hamburg – Hypothekenzinsen zeigen weiterhin eine sinkende Tendenz. Die günstigsten Baufinanzierungen gibt es derzeit bei den sogenannten Direktanbietern, teilt die Verbraucherzentrale Hamburg mit. Das sind Makler, die mit verschiedenen Banken zusammenarbeiten und ihnen den jeweiligen Finanzierungswunsch anbieten. Die Bank, die das günstigste Angebot abgibt, erhält die Finanzierung. Für Hypothekenkredite zwischen 50 000 und 100 000 Euro zehn Jahren Laufzeit und 1,0 Prozent Tilgung liegen die besten Angebote derzeit bei rund 4,0 Prozent.

Der Bundesverband deutscher Banken rät Immobilienkäufern, trotz günstiger Konditionen die Folgekosten zu beachten. Denn bereits geringe Zinsunterschiede haben großen Einfluss auf die monatlichen Belastungen. Bei einem Hypothekendarlehen über 150 000 Euro betragen die monatlichen Aufwendungen bei einem Zinssatz von 4,0 und 1,0 Prozent anfänglicher Tilgung 625 Euro. Bei Zinsen von 5,0 Prozent sind es bereits 750 Euro. Wer es sich leisten kann, sollte bei der Kreditaufnahme eine höhere anfängliche Tilgung als 1,0 Prozent vereinbaren, um das Darlehen schneller zu tilgen. AP

Festgeld			
Anlagebetrag 5000 Euro			
	Mindestbetrag in Euro	Zinssatz für 3 und 6 Monate*	
NIBC-Direct <sup>1</sup>	1000	5,10	5,10
Amsterdam-Trade-Bk. <sup>1</sup>	5000	5,00	5,10
Credit-Europe-Bank <sup>1</sup>	2500	4,25	4,50
Yapi-Kredi-Bank <sup>1</sup>	5000	4,10	4,50
Garanti Bank <sup>1</sup>	2600	4,00	4,25
Ziraat-Bank	5000	3,90	4,00
Vakifbank	5000	3,60	3,75
DHB Bank <sup>1</sup>	2500	3,50	3,75
Oyak-Anker-Bank	1000	3,00	3,25
Schlechtester Anbieter	5000	0,50	0,50

(1) Einlagensicherung: 100% bis 100.000 Euro/Person  
\*Laufzeit, Renditehöhe nach Zinssatz für sechs Monate, Angaben in Prozent  
Ohne Neukunden-Offerten  
Angaben ohne Gewähr, Stand: 02.03.2009, Quelle: biallo.de  
Täglich aktualisierte Tarife: www.sueddeutsche.de/sparmeister

## Fürstlich tafeln, Steuern sparen

Wer andere zum Essen einlädt, kann die Ausgaben beim Finanzamt absetzen. Wie das genau funktioniert

Von Marco Völklein

München – „Könnten Sie mir da eine Rechnung ausstellen?“ Diesen Satz hört so mancher Gastronom ziemlich häufig. Denn Bewirtungskosten für Arbeits- oder Geschäftssessen sind für viele ein wichtiger Posten, um die Steuerlast ein wenig zu drücken. Allerdings sind dabei einige Punkte zu beachten – hier ein knapper Überblick.

Unternehmer können generell Kosten für die Bewirtung von Geschäftspartnern als Betriebsausgaben geltend machen. Aber auch Angestellte können unter bestimmten Voraussetzungen Bewirtungskosten geltend machen – entsprechende Urteile hat der Bundesfinanzhof zuletzt gefasst (Kasten). Die Logik dahinter: Wer Ausgaben hat, um ein Geschäft anzubahnen und damit Einnahmen zu erzielen, darf diese Ausgaben von den Einnahmen abziehen. Schließlich hätte er ohne Ausgaben keine Einnahmen, die am Ende der Steuer unterliegen.

### Bei 70 Prozent ist Schluss

Was viele aber nicht wissen: „Der Gesetzgeber hat den steuerlichen Abzug seit 2004 auf 70 Prozent der Ausgaben beschränkt, die als angemessen anzusehen sind“, sagt Hartmut Schwab, Präsident der Steuerberaterkammer München. Die in der Rechnung enthaltene Umsatzsteuer

er kann der Unternehmer dagegen zu 100 Prozent als Vorsteuer geltend machen – und somit von der selbst abzuführenden Umsatzsteuer abziehen.

Wichtig ist auch, dass die Regelungen für „externe Bewirtungen“ gelten – das Geschäftssessen darf also nicht in den ei-

genen Räumlichkeiten stattgefunden. Klar ist, dass es einen geschäftlichen Anlass gegeben haben muss. Lädt also ein Unternehmen neben Kunden auch noch private Freunde zur Geburtstagsfeier des Geschäftsführers ein, stellt sich das Finanzamt unter Umständen quer. Eine

einheitliche Rechtsprechung gibt es aber laut Schwab in diesen Fällen nicht.

Sind allerdings alle Voraussetzungen erfüllt, also externe Feier mit geschäftlichem Hintergrund, erkennt das Finanzamt sämtliche Ausgaben an, die im Zusammenhang mit der eigentlichen Einladung stehen. „Das können neben Essen und Getränken auch Garderobengebühren, Taxen, Trinkgelder oder Raummieten sein“, sagt Steuerfachmann Schwab. Die Höhe der Kosten muss aber „angemessen“ sein; was angemessen ist, ist von Branche zu Branche unterschiedlich. Bei einer Einladung in einer betriebseigenen Kantine beispielsweise akzeptiert das Finanzamt in der Regel einen Satz von etwa 15 Euro pro Person, so Schwab.

### Alle Mitesser auflisten

Die dem Finanzamt vorgelegte Rechnung muss Name und Anschrift der Gaststätte nennen, Steuernummer oder Umsatzsteuer-Identifikationsnummer der Gaststätte, Name und Anschrift des Gastgebers, Datum der Rechnungsstellung, Menge und Bezeichnung der verzehrten Speisen und Getränke, Ort und Tag der Bewirtung, eine fortlaufende Rechnungsnummer sowie den Rechnungsbetrag – aufgeschlüsselt nach einzelnen Positionen und Umsatzsteuer.

„Kleinbetragsrechnungen müssen nicht alle Angaben enthalten“, sagt Schwab. „So muss in einer solchen Rech-

## So entschieden die Gerichte

Nicht nur Unternehmen können Bewirtungskosten von der Steuer absetzen – auch Arbeitnehmer können das, dann allerdings als Werbungskosten. Jedoch haben die „Finanzämter dies früher sehr restriktiv gehandhabt“, sagt Hartmut Schwab von der Steuerberaterkammer München. Zuletzt hat der Bundesfinanzhof (BFH) in München aber in mehreren Urteilen diese strikte Haltung der Finanzverwaltung etwas gelockert.

– So durfte ein Bundeswehrgeneral, der in den Ruhestand verabschiedet wurde, Ausgaben für seine Entlassungsfeier von der Steuer absetzen – und weil sein Dienstherr als Bewirtender auftrat sogar in vollem Umfang (Az. VI R 48/07). – Auch ein Katasteramtsleiter, der 80 Mitarbeiter zum fünfjährigen Bestehen seiner Behörde einlud, durfte die Ausgaben absetzen. Der BFH erkannte keinen privaten, sondern einen rein ge-

schäftlichen Bezug (Az. VI R 68/06). – Bisher erkannten Finanzämter Bewirtungskosten als Werbungskosten relativ problemlos an, wenn der Arbeitnehmer einen Teil seines Gehalts als variablen Lohn erhielt. Der BFH urteilte zwar, dies sei ein wichtiges Indiz dafür, solche Ausgaben zu akzeptieren. Im Umkehrschluss könne der Fiskus den Werbungskostenabzug aber nicht verweigern, nur weil eine solche erfolgsabhängige Entlohnung nicht vorliegt (Az. VI R 78/04).

– Bewirte ein Gruppenleiter die 24 Mitarbeiter der Gruppe, darf er die Ausgaben in voller Höhe absetzen (und nicht nur zu 70 Prozent). Die Beschränkung auf 70 Prozent ist nur auf Personen bezogen, die nicht Arbeitnehmer der gleichen Firma sind (Az. VI R 33/07).

Voraussetzung ist aber stets, dass die Aufwendungen nicht bereits vom Arbeitgeber ersetzt wurden. mbö



Bei diesem Geschäftsessen geht es nobel zu: Übersteigen die Kosten 150 Euro pro Person, verlangt das Finanzamt detaillierte Angaben. Foto: ddp